

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Paul Schäfer (Köln), Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Libyen-Krieg sofort beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Das militärische Eingreifen in Libyen ist politisch falsch, moralisch ungläubwürdig und völkerrechtlich bedenklich.
2. Die Resolution 1973 des Weltsicherheitsrates trägt nicht zu einem Friedensschluss und zur Sicherheit von Zivilpersonen in Libyen bei, sondern hat die politische Lage verschärft. Es gab gute Argumente, dieser Resolution nicht zuzustimmen. Immer mehr Staaten und internationale Zusammenschlüsse machen ihre Bedenken gegen diese Resolution und den Militäreinsatz öffentlich.
3. Menschenrechte sind nicht mit Bomben und Raketen herbeizuführen oder sicherzustellen. Die Bomben und Raketen, die auf Libyen abgeschossen oder über Libyen abgeworfen werden, vernichten das Leben vieler Menschen, darunter besonders vieler Zivilisten.
4. Der Militäreinsatz in Libyen bestätigt erneut die Erfahrung, dass im Krieg als erstes die Wahrheit stirbt. Viele Menschen fragen, ob sie korrekt über die tatsächlichen Gegebenheiten in Libyen informiert werden. Wer wirklich helfen will, braucht klare und wahrheitsgemäße Informationen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. alles zu unternehmen, das Bündnis vom Kriegskurs gegenüber Libyen abzubringen. Auch den europäischen Nachbarn und Partnern in der EU sowie den USA muss die deutsche Ablehnung des Einsatzes nahegebracht werden. Es gibt Alternativen zum Militäreinsatz. In der Europäischen Union muss sichergestellt werden, dass europäische Strukturen weder direkt noch indirekt für den Krieg zur Verfügung gestellt werden;
2. dass Deutschland innerhalb der NATO feststellt, dass eine politische Übereinstimmung für ein militärisches Agieren der NATO in diesem Konflikt und dementsprechend der notwendige Konsens nicht gegeben sind. Entscheidend ist nicht, wer innerhalb der NATO die Führung des Militäreinsatzes übernimmt. Entscheidend ist, dass die NATO nicht in diesen Konflikt eingreift;

3. sofort eine Initiative für eine politische Lösung des Konfliktes zu ergreifen bzw. eine solche zu unterstützen. Gerade weil Deutschland sich im Welt-sicherheitsrat der Stimme enthalten hat, erwarten viele Staaten, dass Deutschland eine solche Vermittlung in Gang setzt. Eine neutrale Beobachter- und Untersuchungskommission wäre dafür geeignet;
4. im internationalen Rahmen energischer darauf zu drängen, den Kauf von liby-schem Erdöl und die Zahlungen dafür an Libyen sofort einzustellen. Einge-stellt werden muss jegliche Form der Lieferung von Waffen und sonstigen Rüstungsgütern. Ebenfalls müssen umgehend die Konten des Gaddafi-Clans in Europa eingefroren werden. Deutschland soll, um dies zu befördern, auch einseitig vorangehen;
5. auch die „indirekte“ Unterstützung des Krieges nicht zuzulassen. Die Nut-zung von US-Militärbasen, die Gewährung von Überflugrechten und weite-res mehr sind Bestandteil der Kriegführung und daher zu verhindern. Das Bundesverwaltungsgericht hatte anlässlich des Irak-Krieges eine solche Über-lassung als völkerrechtswidrig eingestuft;
6. keine zusätzlichen AWACS-Systeme nach Afghanistan zu entsenden bzw. keine Bundeswehrsoldaten dafür zur Verfügung zu stellen. Es ist keine Alter-native zum Krieg in Nordafrika, den Krieg in Afghanistan zu verschärfen.

Berlin, den 22. März 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion